

SOZIALINFO

Gemeinsam um ein Kind trauern

Von Petra Zürcher *



Dass Kinder erwachsen werden, scheint selbstverständlich. Alljährlich aber müssen in der Schweiz einige Hundert Eltern am Grab von ihrem Kind Abschied nehmen.

In den Selbsthilfegruppen des Vereins Regenbogen Schweiz finden sie einen geschützten Raum für den Ausdruck ihrer Trauer. Vor 25 Jahren wurde der Verein gegründet.

Ein Kind zu verlieren, egal durch welche Todesursache, ist für Eltern immer eine grosse Katastrophe. Von einem Moment auf den anderen bricht für sie die Welt zusammen. Schock, Ohnmacht und Wut machen sich breit. Das Gefühl, sich in einem Albtraum zu befinden, bestimmt nach dem Tod ihres Kindes für lange Zeit ihr Leben. Über allem steht die zermürbende und oft nicht zu beantwortende Frage: Warum unser Kind? Viele Eltern (ver-)zweifeln in dieser Phase am eigenen Leben. Es wäre ihnen sogar egal, gleich selber zu sterben.

Diesen Gefühlen der Betroffenen steht das Umfeld meist hilflos gegenüber. Es kann die Trauer der Eltern zwar mittragen, aber es wird sie nie nachempfinden können. Daraus entstehen oft Missverständnisse.

Viele der oben erwähnten Erfahrungen haben auch Silvia und Bill Walton nach dem Tod ihrer Tochter Nicole gemacht. Aus der Erkenntnis heraus, dass es Erleichterung bringt, das harte Schicksal mit Gleichbetroffenen teilen zu können, gründeten die beiden in der Schweiz im Jahr 1982 die erste Selbsthilfegruppe unter dem Namen «Regenbogen». Dies in Anlehnung an die heute weltweit verbreitete Organisation «The Compassionate Friends», deren Grundstein 1969 von einem englischen Pfarrer gelegt worden ist. Er hatte zwei Elternpaare zusammengebracht, deren Kinder zur selben Zeit im selben Krankenhaus verstorben waren. Als er sah, wie sich die beiden Paare gegenseitig helfen konnten – mehr als dies von aussen je möglich war – gründete er den Verein.

Auch in der Schweiz verbreitete sich der «Regenbogen» schnell. Nach der ersten Selbsthilfegruppe der Waltons entstanden bald weitere. Im Jahr 1989 wurde schliesslich der Verein Regenbogen Schweiz ins Leben gerufen, der den Fortbestand der damals noch losen Vereinigung sichern sollte.

Heute gehören dieser politisch und konfessionell neutralen Selbsthilfvereinerung 20 aktive Gruppen an, verteilt über die Deutsch- und Westschweiz. Gruppenleiterinnen und -leiter sind Selbstbetroffene, die in ihrem Umgang mit diesem Schicksalsschlag schon ein Stück weiter gekommen sind. Ein siebenköpfiger Vorstand unterstützt ihre Arbeit. Er kümmert sich auch um die Öffentlichkeitsarbeit und die Vernetzung mit gleichgesinnten Organisationen.

*Petra Zürcher ist Journalistin und hat selbst eine 18-jährige Tochter durch Suizid verloren. Sie ist als Vorstandsmitglied des Vereins Regenbogen Schweiz für dessen Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

Steht als Ingenieurin ihren Mann

«Es ist der Ort, an dem wir uns in der Freizeit aufhalten, woher unsere Nahrung und Lebensgrundlage stammt», so umschreibt die Pfäffikerin Martina Böni nicht nur die Ausserschwyz der Natur, sondern auch ihre Motivation, weshalb sie einen Bachelorabschluss als Ingenieurin in der jungen Disziplin «Erneuerbare Energien und Umwelttechnik» angestrebt hat.

Von Tatjana Kistler

Pfäffikon. – Klimaerwärmung, Ressourcenknappheit, die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, die soziale Frage im Rahmen der Rohstoffverteilung: Die 24-jährige Martina Böni hat sich in ihrem Arbeitsalltag im politisch kontrovers diskutierten Wirkzusammenhang von Mensch und Natur zurechtzufinden. Denn: Mit ihrer Studienwahl stellte sie sich in den Dienst der Nachhaltigkeit. «Eigentlich wissen alle, dass wir mit unserem Lebenswandel auf ein gewaltiges ökologisches Fiasko zusteuern», gibt die Pfäffikerin zu bedenken – «wieso also nicht einen konstruktiven Beitrag zur Problemlösung beizusteuern versuchen?».

erklärt sie ihren Antrieb, sich in der Umsetzung von erneuerbaren Energien und in Sachen Umwelttechnik zu engagieren. Der erste Schritt dürfte ihr gelungen sein, schloss sie doch als eine von zwei Frauen unter 55 Kommilitonen den gleichnamigen, vor vier Jahren lancierten Bachelorstudiengang an der Hochschule für Technik in Rapperswil (HSR) ab.

Mittler zwischen Theorie und Praxis

Die preisgekrönte Ingenieurin profitiert denn auch massgeblich von ihrem technischen Wissen, das derzeit einem steten Wandel unterliegt. Doch ermöglicht ihr das Studium auch, den Gesamtüberblick über diverse interdisziplinäre Forschungszweige zu wahren und somit der Schweizer Industrie Potenzial abzugewinnen, um nicht nur Arbeitsschritte effizienter, sondern auch umweltschonender zu gestalten. «Indem wir versuchen, bestehende Produkte und Prozesse zu verbessern, gelingt es hierzulande tagtäglich, neue, teils äusserst kreative Ideen erfolgreich und wirtschaftlich in die Praxis umzusetzen», erklärt Böni ihr Handwerk, welches sie für das Zürcher Unternehmen TBF+Partner AG in der Abteilung Abfall und Energie anzu-

wenden sucht. So wirkt sie unter anderem auch in den Bereichen Klärschlammverwertung und Elektrotechnik, aber auch in Sachen Natur- und Umweltschutz mit – sei es im Büro, auf der Baustelle oder gar in einer komplexen Apparatur einer Kehrlichtverbrennungs- oder Fernwärmanlage.

Diplomatisches Gespür gefragt

Zugleich gilt das Augenmerk der jungen Ingenieurin diversen Studien, welche nicht nur das Einsparpotenzial von Kühlenergie bei Rechenzentren eruieren sollen, sondern auch das Thema Phosphorrückgewinnung fokussieren. «Gerade letzteres Forschungsfeld wird die Schweiz in wenigen Jahren im grossen Stil beschäftigen», prophezeit die Höfnerin. Während sie der Schweiz eine Vorreiterrolle in der Nutzung von Wasserkraft konstatiert, ortet Martina Böni sowohl in der Theorie als auch in der Praxis Handlungsbedarf. «Innerhalb der Triage Bevölkerung-Politik-Wirtschaft fehlt es wohl am Bewusstsein, dass dem Klimawandel einerseits nicht von heute auf morgen der Riegel vorgeschoben werden kann. Andererseits aber auch, dass die Schweiz in die Ausbildung von Ingenieuren investieren muss, um die

bereits ausgereifte Technologie – zum Beispiel, dass Abwärme als Energiequelle genutzt werden kann – auch anzuwenden.»

So propagiert sie vor allem das Prinzip des Energieverbunds von Firmen oder gar Dörfern – ein Credo, das in künftige Standortentscheide von Leistungsträgern der nationalen Wirtschaft einfließen müsse. Ähnliche Standortvorteile finden sich gemäss Böni betreffend Windenergie und Geothermie – beides Technologien, welche häufig an der Akzeptanz der Bevölkerung scheitern. Kurz: «Oftmals ist es einfach blauäugig, in der Energiefrage strikte Landesgrenzen zu ziehen», findet sie deutliche Worte.

Zur Person

Name: Martina Böni
Wohnort: Pfäffikon
Geburtsdatum: 7. Oktober 1989
Zivilstand: «glücklich verlobt»
Hobby: Capoeira, Lindy Hop, Yoga
Stärken: Organisationstalent, Zuverlässigkeit
Schwäche: «Manchmal habe ich zu wenig Geduld, wenn etwas nicht auf Anhieb klappt.»



Ort des Potenzial bei Schweizer Firmen, keine Energiequelle ungenutzt zu lassen: Ingenieurin Martina Böni aus Pfäffikon.

Bild Tatjana Kistler

Private Wasserrechte nicht antasten

Der Kanton Schwyz möchte in der öffentlichen Wasserversorgung kein Risiko eingehen, zu wichtig sei die Versorgungsplanung. So beantwortet das Umweltdepartement eine Reihe von Fragen, die Kantonsrat René Bünter in einer Kleinen Anfrage gestellt hat.

Schwyz. – René Bünter (SVP, Lachen) geht es um die Wahrung bestehender privater Wasserrechte trotz Trinkwasserversorgungsplan und Totalrevision des Wasserrechtsgesetzes. So fragt er sich, warum das Amt für Umwelt die Wasserversorgungen bei der Bildung von Verbänden «begleiten» soll. Es sei sinnvoll, dass die Hauptverantwortung bei den Gemeinden liege, antwortet Regierungsrat Andreas Barraud als Departementvorsteher. Die Kantone seien aber verpflichtet, eine Versorgungsplanung für Trinkwasser zu erstellen, worin die Wasserentnahmen so aufeinander abzustimmen sei-

en, dass keine übermässigen Entnahmen erfolgen und die Grundwasservorkommen haushälterisch genutzt werden. Der wachsende Siedlungsdruck und neue Problemstellungen wie die Mikroverunreinigungen im Trinkwasser bedürften aber einer vorausschauenden Planung und Kooperation über die Gemeinde- und teils Kantonsgrenzen hinaus. Es gelte, ein vernünftiges Mittelmass zwischen dezentralisierter und regionalisierter Wasserversorgung zu finden. So könne es günstiger sein, eine Verbindungsleitung zwischen Gemeinden auszubauen, als für Spitzenzeiten ein zusätzliches Grundwasserpumpwerk zu erstellen und zu unterhalten.

Planung über grossen Zeitraum

Ähnlich argumentiert das Amt für Umwelt auf die Frage, weshalb ein weiteres Zuwarten staatspolitisch nicht verantwortbar sei und für die Gemeinden zu volks- und betriebswirtschaftlichen Mehrkosten führen soll, wie es in der Beantwortung einer

früheren Anfrage hiess. Die konzeptionelle Planung der Wasserversorgung umfasse grosse Zeiträume, meint Barraud. Es dränge sich aus ökonomischen Gründen auf, dass sich Wasserversorgungen zusammenschliessen, um sich in Zeiten mit hohem Wasserverbrauch gegenseitig auszuheilen. Statt in zusätzliche Wasserwerke für Spitzenbedarfszeiten zu investieren, welche die meiste Zeit über auf Minimalbetrieb liefen, könnten durch die Zusammenarbeit überflüssige Investitionen reduziert werden. Deshalb sei es wichtig, dass mit der koordinierten Planung nicht länger zugewartet werde.

Im Prinzip alles öffentlich

René Bünter fragte auch nach, ob das Quellenverzeichnis für alle einsehbar sei, damit die Nutzungsrechte privater Quellenbesitzer nicht «vergessen» gingen. Tatsächlich sei das Quellenverzeichnis seit 1999 öffentlich einsehbar, lautet die Antwort, auch elektronisch unter <http://webmap.sz.ch>.

Der Wasserversorgungsatlas, welcher die Versorgungsanlagen sowie das Leitungsnetz beinhalte, sei jedoch wegen des Sabotage-Risikos vertraulich. Die Befürchtungen Privater seien unbegründet, da die Wasserversorgungsplanung keinen Einfluss auf Quell- und Nutzungsrechte habe. Die Rechte lägen beim Grundstückseigentümer und seien in der Regel im Grundbuch festgehalten.

Auch die Befürchtung Bünters, dass die privaten Quellrechte sowie die Privatrechte an öffentlichen Gewässern durch die laufende Totalrevision des Wasserrechtsgesetzes angetastet würden, zerstreut der Regierungsrat. Die Revision werde zurzeit departementsintern bearbeitet. Weder habe sich der Regierungsrat dazu geäussert, noch habe das verwaltungsinterne Mitberichtsverfahren stattgefunden. Im Rahmen der öffentlichen Vernehmlassung habe danach jedermann die Möglichkeit, sich zu den Vorschlägen zum Wasserrechtsgesetz zu äussern. (bel)